

Kommentare

Abschied von Rosas Biografin

In der von Männern dominierten Historikerzunft der DDR war Annelies Laschitzka (6. Februar 1934 – 10. Dezember 2018) eine Ausnahmeerscheinung. Die vigilante Sächsin Annelies Wegert hatte zunächst den Beruf der Verwaltungsangestellten erlernt und bald selbst unterrichtet. Dabei lernte sie im erzgebirgischen Bermsgrün als erfahreneren Berufskollegen ihren künftigen Lebenspartner Horst Laschitzka kennen. Die im Jahr ihrer Eheschließung an der Leipziger Arbeiter- und Bauern-Fakultät erworbene Reifeprüfung öffnete den Weg zum Geschichtsstudium bei Ernst Engelberg und Walter Markov an der Karl-Marx-Universität.

Wie ihre bewunderten Lehrer wurde Annelies Laschitzka eine leidenschaftliche Forscherin.¹ Beflügelt durch die Zusammenarbeit und Freundschaft mit Günter Radczun und Feliks Tych, entfaltete sie ein verwegenes Editions- und Forschungsprogramm, trotzte retardierenden Umständen und fand, wenn es unumgänglich war, auch modifizierende Kompromisse. Am Beginn steht der kategorische Imperativ der Historikerin: ad fontes – zu den Quellen. Er bewahrte sie wie ein innerer Kompass davor, auf dem schmalen Grat zwischen erwarteter Loyalität und

intellektueller Selbstbehauptung die Balance zu verlieren. Ihre Rekonstruktion der Debatten, Gemeinsamkeiten und gravierenden Differenzen zwischen Rosa Luxemburg und Lenin lieferte die Argumente, um das Vollständigkeitspostulat der Editionsphilologie gegen die Zensur zu behaupten und das von Stalin, aber nicht nur von ihm verteufelte Manuskript „Zur russischen Revolution“ 1974 im vierten Band der „Gesammelten Schriften“ zu veröffentlichen. Die unter der Ägide Radczuns und Laschitzkas entstandene Ausgabe der Werke und Briefe Rosa Luxemburgs (nunmehr 16 Bände) gilt als internationaler Standard. Große Resonanz fand daneben auch Annelies Laschitzkas 1996 im Berliner Aufbau-Verlag veröffentlichte Rosa-Luxemburg-Biographie „Im Lebensrausch, trotz alledem“. Darin schildert die Autorin, sensibilisiert durch den Epochenwechsel von 1989/1990, den Lebensgang ihrer Protagonistin, die zu Krieg und Frieden, Reform und Revolution, Gewalt und Terror, Demokratie und Diktatur geführten Jahrhundertdebatten, aber auch die alltäglichen Freuden, Sorgen und Liebesnöte auf eine neue Weise.

Am 10. Januar 2019 nahmen Freunde und Kollegen aus Nah und Fern mit den Angehörigen Abschied von Rosas Biografin.

Manfred Neuhaus

Die Linke vor den Europawahlen – fragmentiert

Zu den Fragmentierungen, die sich gegenwärtig durch die Linke ziehen, gehören auch die europapolitischen Differenzen. Das schlägt sich auf die Wahlen zum EU-Parlament (EP) nie-

¹ Es war, dies sollte in „Z“ erwähnt werden, übrigens Josef Schleifstein, der ihre „Neugier auf Rosa Luxemburg“ mit Hinweisen auf deren im Moskauer Parteiarchiv liegende Briefnachlässe „nachhaltig“ weckte. Vgl. Annelies Laschitzka, *Sich treu bleiben und heiter sein ... 2. A.*, Leipzig 2018, S. 18.

der, die vom 23. bis 26. Mai stattfinden. Anders als bei den letzten Wahlen, wo der Zusammenschluss der Linksparteien (*Europäische Linke*) mit *Alexis Tsipras* als Spitzenkandidat geschlossen antrat, werden jetzt zwei Plattformen getrennt kandidieren. Darüber hinaus wird sich mit *DI-EM25*, der Bewegung des griechischen Ex-Finanzministers *Varoufakis*, eine neue linke Formation beteiligen. Und natürlich werden die Grünen und die Sozialdemokraten jeweils mit eigenen Listen antreten.

Da es keine transnationalen Listen gibt, sind solche Bündnisse neben der symbolischen Bedeutung vor allem für die Formierung einer Fraktion nach den Wahlen relevant. Der Fraktionsstatus ermöglicht Zugang zu Finanzierung und parlamentarischen Rechten, z.B. zum Antragsrecht. Um Fraktion zu werden müssen mindestens 25 Abgeordnete aus mindestens einem Viertel der Mitgliedsstaaten – also aus sieben Ländern – zusammenkommen. Der Wahlkampf selbst findet aber nach nationalen Regeln und im Wesentlichen auch nach nationalen Themen und der jeweils innenpolitischen Dynamik statt. Lediglich der Spitzenkandidat für die Kommission ist ein supranationales Element.

Maintenant le Peuple – stärkste Formation: Wenn man die Ergebnisse bei nationalen Wahlen als Kriterium nimmt, ist als stärkste Kraft das Wahlbündnis *Maintenant le Peuple* („Jetzt das Volk“) im Rennen. Es besteht aus *PODEMOS* (21 Prozent), *La France Insoumise* (19,6 Prozent), dem portugiesischen *Bloqued'Esquerda* (10,1 Prozent), sowie der schwedischen Linkspartei (7,9 Prozent), der dänischen *Enhedslisten* (7,7 Prozent) und

dem finnischen Linksbündnis (7,1 Prozent).

Der entscheidende Unterschied zu ihren ehemaligen Mitstreitern in der *Europäischen Linke* besteht darin, dass sie den Bruch mit der neoliberalen Substanz der EU-Verträge anstrebt und nicht länger bereit ist, die EU in ihrer gegenwärtigen Verfasstheit als Ausgangspunkt ihrer Strategie zu akzeptieren: „*Es ist Zeit mit den antidemokratischen europäischen Verträgen zu brechen*“ heißt es in der gemeinsamen Erklärung.¹ Für den Fall einer Regierungsübernahme wird deshalb Ungehorsam gegenüber den Verträgen angekündigt. Das entspricht der sog. *Plan B Strategie* von Mélenchon: erst über einen Politikwechsel verhandeln (Plan A), und wenn dies nicht funktioniert, unilateraler Bruch z.B. mit dem Stabilitätspakt bis hin zum Ausritt aus dem Euro (Plan B).

In Deutschland ist das Bündnis nicht vertreten. Dass es jetzt eigenständig antritt, ist ein Rückschlag für die *Europäische Linke* und insbesondere für die deutsche Linkspartei, der damit die wichtigsten Partner abhanden kommen.

Europäische Linke: Angeführt wird die *Europäische Linke* von der deutschen Linkspartei (9,2 Prozent). Vorsitzender des internationalen Zusammenschlusses ist Gregor Gysi. Die in ihrem Land bedeutendste Mitgliedspartei ist *SYRIZA*. Allerdings hat Gysis Truppe dieses Mal nicht wieder *Alexis Tsipras* als Spitzenkandidaten nominiert, sondern eine Doppelspitze: *Violeta Tomić* von der slowenischen

¹ <https://lafranceinsoumise.fr/2018/06/27/le-mouvement-europeen-maintenant-le-peuple-selargit/>

Partei *Levica* (9,3 Prozent) und der ehemalige Generalsekretär der belgischen Metallarbeitergewerkschaft MWB-FTGB, *Nico Cue*. Beide sind außerhalb ihres Landes unbekannt. Weitere Mitglieder sind die KP Portugals (8,2 Prozent), KP Böhmens & Mähren (7,7 Prozent), die französische KP (2,7 Prozent) sowie einige Kleinstparteien wie die KPÖ. Unbestätigten Berichten zufolge bemüht sich die SPD, *SYRIZA* in die sozialdemokratische EP-Fraktion hinüber zu ziehen.

Die im Januar 2019 verabschiedete Plattform für die EP-Wahlen lässt sich in der traditionellen Parole „*Mehr Europa, aber anders!*“ zusammenfassen. Die EU wird nicht grundsätzlich in Frage gestellt, obgleich ihre multiplen Krisen und Widersprüche ausführlich beschrieben werden. Anders als bei *Maintenant le Peuple* ist von einem Bruch der Verträge nicht die Rede. Es gibt einen umfangreichen Katalog von Einzelforderungen aus dem gängigen Repertoire linker Reformvorschläge.² Für dessen Durchsetzung wird auf Mobilisierung von unten und Zusammenarbeit aller fortschrittlichen Kräfte verwiesen.

Die Newcomer: Ursprünglich war *DIEM25* als Bürgerbewegung gegründet worden. Hauptziel ist, bis 2025 eine grundlegende Demokratisierung der EU zu erreichen. „*Denn die EU wird entweder demokratisch sein, oder sie wird zerfallen!*“³ Das Manifest von *DIEM25* fand international breite Unterstützung. So hatte neben vielen Intellektuellen – von Noam Chomsky

bis Slavoj Žižek – z.B. auch *Katja Kipping* unterzeichnet. Nachdem *DIEM25* unter dem Label „*Europäischer Frühling*“ seine Kandidatur angekündigt hatte und damit zum Konkurrenten geworden war, stieg sie aus. Zudem will der linke Superstar aus Athen höchstpersönlich in Deutschland antreten.

Wie viele Stimmen er holen kann, ist schwer vorherzusagen. In einer Prognose von *FORSA/Insa* vom 14. Januar 2019 läuft der *Europäische Frühling* nur unter *Sonstige*. *Die Linke* käme auf 6 Prozent.⁴ Nachdem Karlsruhe 2014 die 3%-Sperrklausel gekippt hatte und danach mehrere deutsche Kleinstparteien ins EP gekommen waren, könnte *Varoufakis* aber durchaus Chancen haben, zumindest einen Sitz zu gewinnen.

Als Indikator für Kräfteverhältnisse nur bedingt tauglich: Auch wenn das EP kein vollwertiges Parlament ist und im institutionellen Gefüge der EU nach Rat, EZB, Kommission, und EuGH machtpolitisch an letzter Stelle rangiert, wird der Symbolgehalt dieser Wahl von der staatstragenden Mitte zur Schicksalswahl deklariert. Es wird erwartet, dass das Ergebnis die Umbrüche in den politischen Systemen reflektiert, insbesondere eine Stärkung der Rechtsaußen-Fraktion.

Gerade weil es nicht um so viel geht wie bei nationalen Wahlen, wird weniger taktisch, d.h. das kleinere Übel gewählt und die Leute machen ihr Kreuz bei Parteien, mit denen sie sich tatsächlich am ehesten identifizieren können. Aus dem gleichen Grund a-

² <https://www.european-left.org/wp-content/uploads/2019/02/1.-EN-Electoral-Plattform-2019-2.pdf>

³ <https://diem25.org/manifesto-lange-version/>

⁴ Union 35%, Grüne 20%, SPD 15%, AfD, 10%, FDP 8%. <https://dawum.de/Europawahl/>

ber ist die Beteiligung bei EP-Wahlen besonders gering. 2014 lag sie bei 42 Prozent. Gerade bei den unteren Schichten der Lohnabhängigen, Arbeitslosen und Marginalisierten ist die Nichtwählerquote besonders hoch. Gut verdienende, akademisch gebildete Gruppen in den metropolitanen Zentren können dagegen voll mobilisiert werden. Davon dürften vor allem die Grünen profitieren. So sagen z.B. Umfragen den französischen Grünen nach ihrem Desaster bei den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen eine Wiederauferstehung mit 8 Prozent voraus.

Insofern taugt diese Wahl als Indikator für die politischen Kräfteverhältnisse – auch innerhalb der Linken – nur bedingt.

Peter Wahl

Die EU als Steuerparadies

Einer der großen wirtschaftspolitischen Aufreger zum Jahresbeginn war eine im Auftrag der Grünen im Europaparlament durchgeführte Studie zur Besteuerung Multinationaler Unternehmen (MNE)¹: Sie zeigt, dass in fast allen Ländern der EU (aber nicht nur dort) die von MNE gezahlten effektiven Steuersätze weit unter den nominalen Sätzen liegen, ein Tatbestand, der angesichts massiver Steuervergünstigungen aller Art kaum überrascht.

Immerhin hat man es nun schwarz auf weiß. Der Unterschied zwischen effektiven und nominalen Sätzen war

am deutlichsten in Luxemburg (2,2 Prozent gegenüber 29,1), was für die Effizienz des gegenwärtigen EU-Kommissionspräsidenten Juncker spricht: Der war nämlich im Untersuchungszeitraum 2011-2015 (bis Ende 2013) Regierungschef in Luxemburg und verantwortlich für die dort besonders verbreitete Praxis des „taxruling“ (Steuervereinbarung) zugunsten großer Konzerne. Er wurde Ende 2014 an die Spitze der EU-Kommission gewählt, getreu dem Motto: „Ein erfolgreicher Bankräuber ist der beste Sicherheitschef“. Als die Ergebnisse von Junkers Wirken in Luxemburg nun schwarz auf weiß vorlagen, wollte aber niemand mehr (auch nicht die ihn unterstützenden Grünen) den Namen des Kommissionspräsidenten in diesem Zusammenhang erwähnen – obwohl die Studie, die ansonsten keine Ursachen angibt, hier eine Ausnahme macht: „Es ist offensichtlich, dass tax-rulings eine große Bedeutung für Luxemburgs niedrigen effektiven Steuersatz gespielt haben“, wagt der Autor anzudeuten (14).

Das Junkers Name im besagten Kontext nicht genannt wurde, dürfte auch mit der ziemlich selektiven Wahrnehmung der Studie in der Öffentlichkeit zusammenhängen, die für die EU insgesamt – im internationalen Vergleich – recht blamabel ausfällt. Die Studie untersucht nämlich nicht nur die Situation in den 28 EU-Ländern, sondern listet Ergebnisse für insgesamt 63 Länder auf. Bezüglich der EU kommt sie zu klaren Aussagen:

- Die vorhandenen Daten zeigen, „dass Multinationale Unternehmen in der EU durchschnittlich niedrigere Steuern zahlen als anderswo“: Nämlich 15 Prozent im Durchschnitt der

¹ Petr Jansky, Credits. A Report Commissioned by the Greens/EFA Group in the European Parliament, 22.1.2019.

28 EU-Länder gegenüber dem Gesamtdurchschnitt von 21 Prozent. Die ganze EU ist ein Steuerparadies für Multis.

- Von den zehn Ländern, in denen die Unterschiede zwischen effektiven und nominalen Steuersätzen am höchsten sind, liegen neun in der EU.
- In Deutschland ist der absolute Unterschied zwischen effektiven und nominalen Sätzen (19,6 gegen 29,5 Prozent) mit am höchsten.
- Es gibt einen Zusammenhang zwischen der Höhe der nominalen und der effektiven Steuersätze, der aber in der EU am schwächsten ausgeprägt ist.

• Die effektiven Steuersätze sind umso niedriger, je größer die Unternehmen sind, die Unternehmensbesteuerung ist regressiv. Dies ist in vielen EU-Ländern besonders ausgeprägt (15/16). Was die Studie nicht behandelt ist die Entwicklung der Unternehmensbesteuerung im Zeitablauf. Ihre Daten betreffen den Zeitraum 2011-2015, was aber bereits jetzt veraltet sein dürfte. Denn der Trend zu sinkenden (nominalen) Unternehmenssteuern hat sich in der letzten Zeit eher verstärkt; und dieser Trend ist in der EU besonders ausgeprägt. So sanken die nominalen Unternehmenssteuersätze in der EU zwischen 2003 und 2018 von 30 auf 21,3 Prozent. In den USA war der Rückgang – trotz Trumps jüngster Reform – weniger ausgeprägt: von 34 auf 27 Prozent. Weltweit sanken die Raten im gleichen Zeitraum von 29,4 auf 24 Prozent.²

² KPMG International, Corporate Tax rates table, 28.1.2019.

Die EU ist einsamer Spitzenreiter was die Steuervermeidung durch MNE angeht, hier ist kaum noch Raum für den „Wettlauf nach unten“: „Einige EU-Länder scheinen Multinationale Unternehmen nicht groß zu besteuern, diese Länder können ihre (effektiven) Steuersätze kaum noch senken, weil diese bereits am Boden angekommen sind“, schlussfolgert die Studie (9). Ob das wirklich so ist könnte hinterfragt werden, die Studie hat (aus methodischen Gründen) negative Steuern nicht untersucht. Man darf jedenfalls gespannt sein, ob die EU nun mit den seit Jahren blockierten Reformen der Unternehmensbesteuerung – darunter die Durchsetzung eines effektiven Mindeststeuersatzes – vorankommt. Das traurige Schicksal von mit großem Tamtam angekündigten Vorhaben wie das der Finanztransaktionssteuer oder jüngst einer Digitalsteuer stimmt diesbezüglich nicht gerade optimistisch.

Jörg Goldberg

Kündigung des INF-Vertrags

Wenn es bei der Kündigung des INF-Vertrags durch die US-Regierung – gegen den ausdrücklichen Willen Russlands – bleibt und sie nach Ablauf der sechsmonatigen Kündigungsfrist wirksam wird, droht eine Eskalation bis zum 3. Weltkrieg.

Als Folge des INF-Vertrages 1987, dem ersten nuklearen Abrüstungsvertrag überhaupt, vernichteten die USA und die Sowjetunion eine ganze Waffenkategorie: landgestützte Mittelstreckenwaffen (Reichweiten von 500 bis 5.500 km). Seitdem ist es beiden Staaten – USA und Russland als Nachfolgestaat der UdSSR – verboten, diese

Raketen und Marschflugkörper bodengestützt aufzustellen, ganz gleich, ob sie nuklear oder konventionell bestückt sind. Flugzeuge und Schiffe als Trägermittel sind dagegen erlaubt. Der INF-Vertrag hat sich als wesentliche Sicherheitssäule erwiesen. Über erprobte Verifikationsverfahren war er Vorbild für weitere Abrüstungsverträge, die das Ende des Kalten Krieges markierten.

Die US-Regierung begründet die Vertragskündigung mit einer angeblichen dauerhaften Vertragsverletzung Russlands, die bereits 2008 begonnen habe. Ein Marschflugkörper des Typs SSC-8 (russisch: 9M729) mit einer Reichweite von 2.600 km sei erst getestet, dann in mehreren Bataillonen mit je 24 Flugkörpern stationiert worden. Öffentlich zugängliche Belege gibt es dafür nicht. Ein Satellitenfilm aus US-Geheimdienstkreisen soll einen verbotenen Flug dokumentieren, der die NATO-Partner überzeugt habe. Die russische Seite bestreitet nicht die Existenz der 9M729. Sie gibt seine maximale Reichweite jedoch mit lediglich 480 km an, was vertraglich zulässig ist. Einladungen an die NATO-Seite, den Flugkörper in Augenschein zu nehmen, wurde nicht nachgekommen. Stattdessen wird Russland aufgefordert, diese Flugkörper zu vernichten, obwohl Verifikationsexperten von UNO und Bundeswehr eine Vor-Ort-Inspektion für ausreichend halten, um die NATO-Vorwürfe zu klären.

Bisher deutet nichts darauf hin, dass die NATO bereit ist, auf russische Klärungsversuche einzugehen. Das legt die Vermutung nahe, dass zumindest die USA den Vertrag zerreißen wollen, um freie Hand für die Stationierung von neuen Mittelstreckenwaffen zu haben.

Die von ihnen behauptete russische Vertragsverletzung bildet so nur den Vorwand für neue Aufrüstungsschritte der NATO. Für diesen Fall hat Russland militärische Gegenmaßnahmen angedroht.

Nach der Kündigung des INF-Vertrages eröffnen sich für die USA weltweit Möglichkeiten, nukleare und konventionelle Mittelstreckenwaffen landgestützt aufzustellen. Zu denken ist an die Nähe zur VR China, den Iran, Venezuela, Kuba, Nord-Korea usw. Ebenso steht das NATO-Gebiet in Europa, mit Ausnahme des Gebiets der ehemaligen DDR (durch Zwei-Plus-Vier-Vertrag ausgeschlossen) dafür offen. Besonders in Frage kämen dafür jene Regionen, die nahe an der russischen Grenze liegen (Baltikum, Polen, Bulgarien, Rumänien), aber auch der Westen Deutschlands sowie andere ehemalige Mitgliedstaaten des Warschauer Vertrages und NATO-Mitglieder auf dem Balkan. Je näher die Stationierungsorte an der russischen Grenze liegen, desto kürzer werden die Vorwarnzeiten und desto höher wird die Atomkriegsgefahr. Die Friedensgefährdung übersteigt dann jene, die durch die Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles Anfang der 80er Jahre in Westeuropa virulent war.

Die US-Regierungen lassen ihre Atomwaffen samt Trägermittel modernisieren, was eine Billion Dollar verschlingen wird. Dramatisch wird dieses Vorhaben im Kontext der jüngsten US-amerikanischen Atomwaffenplanung, wie sie in der Nuclear Posture Review von 2018 festgelegt wurde: Die US-Atomsprengköpfe werden zum Teil auf „kleine“ Sprengköpfe vom Hiro-

shima-Format umgerüstet – geradezu ideal für das Schlachtfeld Europa. Auch die 20 US-Atombomben in Büchel werden technisch so verändert, dass sie wesentlich präziser treffen und in ihrer Wirkung dosierbar werden.

USA und NATO bauen Raketenabwehrstellungen in Rumänien und Polen auf, die perspektivisch russische Gegenangriffe unmöglich machen sollen. Die Ankündigung von US-Präsident Trump, eine alle Orte der Erde einschließende Raketenabwehrfähigkeit aufbauen zu wollen, die auch den Weltraum als Operationsgebiet einschließt („Star Wars“), schließt eine Ausweitung dieser Stellungen in Europa ein. Angesichts dieser US-Erpressungspotenziale wachsen die Zweifel daran, ob der seit 2011 funktionierende NEW START-Vertrag, der die Einhaltung der Obergrenzen der aufgestellten strategischen Nuklearwaffen von USA und Russland überwacht, Anfang 2021 verlängert wird. Infolge dessen könnte auch der Atomwaffensperrvertrag in Gefahr geraten.

Deutschland und die anderen europäischen NATO-Staaten haben eine Phase konventioneller Hochrüstung begonnen, die sich gegen das ohnehin konventionell hoffnungslos unterlegene Russland richtet. Möglichst zwei Prozent ihrer Wirtschaftsleistung sollen ins Militär fließen. Deutsche Ambitionen drohen den Bundeswehrhaushalt auf das Doppelte hochzutreiben. In die Defensive gedrückt verstärkt Russland sein Nuklearpotenzial.

Deutschland und Europa drohen – wie zuletzt in den 80er Jahren – zum atomaren Schlachtfeld zu werden („Eu-

roshima“).

Ein dringendes Umsteuern ist nötig. Die Bundesregierung muss den Amtseid der Kanzlerin Ernst nehmen: „Schaden vom deutschen Volk abzuwenden“.

- Der INF-Vertrag muss erhalten bleiben!

Wir fordern die Bundesregierung auf,

- den Einladungen Russlands zu folgen und Vor-Ort-Inspektionen in Russland vorzunehmen,

- umgehend zu erklären, dass sie eine Stationierung von US-Mittelstreckenwaffen in Deutschland nicht zulässt

- unverzüglich ihr Veto innerhalb der NATO gegen eine Stationierung von US-Mittelstreckenwaffen in NATO-Mitgliedsländern einzulegen,

- Initiativen für umfassende Abrüstungsverhandlungen zwischen Russland und der NATO zu ergreifen, die unter anderem die konventionelle Überlegenheit der NATO, die taktischen und strategischen Atomwaffen, die Raketenabwehrsysteme und Weltraumwaffen insgesamt einbeziehen. Das schließt den Verzicht auf das Zwei-Prozent-Ziel der NATO, die Bereitschaft zur einseitigen Abrüstung der Bundeswehr ebenso ein wie den Abzug von US-Atomwaffen von deutschem Boden.

Die Stationierung der nuklearen US-Mittelstreckenwaffen Pershing II und Cruise Missiles Anfang der 80er Jahre mobilisierte Millionen Menschen. Das drohende Déjà-vu-Erlebniss zeigt die Notwendigkeit neuer massenhafter Proteste.

Lühr Henken/Werner Ruf